

mittendrin

Ausgabe 09 / 2019 • Information des Bezirksvorstandes und der BVV-Fraktion DIE LINKE Berlin-Mitte | Tiergarten | Wedding

Gier auf Berliner Wohnungsmarkt Einhalt gebieten

77 Prozent der Berlinerinnen und Berliner sind laut einer aktuellen Forsa-Umfrage dafür, dass dem beschlossenen Mietendeckel noch schärfere Maßnahmen zur Seite gestellt werden. Mehr als die Hälfte hat Sorge, sich in absehbarer Zeit das Wohnen in der Stadt nicht mehr leisten zu können. Jede und jeder Vierte mit einem Haushaltsnettoeinkommen unter 1500 Euro sagt, bereits jetzt die Miete nicht mehr zahlen zu können.

In dem Dokumentarfilm „Push - Für das Grundrecht auf Wohnen“ zeigt der Filmemacher Fredrik Gerrten, dass in den großen Metropolen der Welt Menschen mit den gleichen Problemen zu kämpfen haben. Und dass die Gentrifizierung sozusagen die Ausdrucksform eines tiefgehenden Problems ist, das die Politik zu lösen hat, da der Markt, der vielbeschworene, es keinesfalls wird lösen können. Im Gegenteil: Seit der Finanzkrise 2008, aus der Spekulanten und Hedgefonds, die in Betongold machen, als Sieger hervorgegangen sind, ist das Menschenrecht auf Wohnen zur Spielmasse



DIE LINKE-Fraktionsvorsitzende Carola Bluhm

Foto: Rico Prauss

von Finanzjongleuren verkommen – dereguliertes Finanzkapital marodiert durch die Großstädte und im Ergebnis werden Menschen vertrieben oder obdachlos.

Die neuen Player am Berliner Wohnungsmarkt heißen zum Beispiel Pears, eine briti-

Fortsetzung auf Seite 3 ▷

Alles war durchdacht, funktionsfähig und bezahlbar

Nein, das meint nicht den Berliner Flughafen. Der arbeitet noch daran. Hier geht es um ein fünfzigjähriges Hochhaus auf der Fischerinsel. Vor fünfzig Jahren sind dort die ersten Bewohner eingezogen. Ein Blick auf ein halbes Jahrhundert Stadtgeschichte.

Fortsetzung auf Seite 3 ▷

Schwimmen erst im dritten Schuljahr im Stundenplan

Da können mehr als die Hälfte aller Berliner Kinder noch nicht schwimmen. Nach einem Jahr Unterricht sind immer noch 18 Prozent Nichtschwimmer. Im Kombibad Seestraße unterstützen jetzt Trainer des Berliner Schwimmverbandes die Lehrer beim Unterricht.

Fortsetzung auf Seite 5 ▷

Mehr als nur ein schöner Raum für Kunstausstellungen

Pablo Herrmann bringt in seinem Projektraum in der Prinzenallee im Gesundbrunnen Künstler, Wissenschaftler und Politiker zusammen. Der Grafiker, Maler und Kunsttheoretiker will aufklären, die ganze Wahrheit zeigen, mobilisieren und verändern helfen.

Fortsetzung auf Seite 4 ▷

+++ weitersagen +++ +++ weitersagen +++ +++ weitersagen +++ weitersagen +++ weitersagen +++

Podiumsdiskussion zum Thema

AUFSTIEG DER RECHTSEXTREMEN UND GEGENSTRATEGIEN

Donnerstag, 12. September 2019, 19 bis 21 Uhr

Karl-Liebknecht-Haus, Rosa-Luxemburg-Saal (Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin, U-Bahnhof Rosa-Luxemburg-Platz)

mit Gerd Wiegel, Mitarbeiter der Rosa-Luxemburg-Stiftung und einem Mitarbeiter der Mobilien Beratung gegen Rechtsextremismus – Die Veranstaltung wird von der Basisorganisation Wedding organisiert.

DIE LINKE.

Bezirksverband Mitte

Kleine Alexanderstr. 28, 10178 Berlin
Tel.: 030 / 240 09-336, Fax -337
Mo. bis Mi. 9–16.30 Uhr,
Do. bis 19 Uhr

Blick aus dem Amt

Vielfalt in der Villa Lützow

Nach vierjähriger Planung und zweijähriger Umbauzeit wurde das soziokulturelle Zentrum Villa Lützow in der Lützowstraße 28 am 23. August 2019 im Rahmen eines Festakts gemeinsam von der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen, dem Bezirksamt Mitte sowie dem Träger FiPP e.V. feierlich eröffnet.

Das 1961 erbaute Haupthaus wurde in einer Planungs- und Bauzeit von sieben Jahren und für eine Summe von 4.137.322,00 € von 1.362 m² auf 2.205 m² zukunftsfähig erweitert und saniert. Um eine langjährige, auch wechselnde Nutzung zu gewährleisten, wurden viele multifunktional nutzbare Räume geschaffen. Das Gebäude trägt damit der Entwicklung und Veränderung dieses Quartiers Rechnung.

Zukünftig werden verschiedene freie Träger kiezorientierte und bezirksübergreifende Angebote unterbreiten. Auch das lange geforderte Queere Jugendzentrum kann nun in adäquaten Räumen seine Arbeit aufnehmen.

Bereits 2015 forderte die BVV Mitte, dass sich das Bezirksamt für die Integration von lesbischen, schwulen, bisexuellen und trans-

gender Lebensweisen (LSBT*!*-Lebensweisen) in der Jugendarbeit/Jugendsozialarbeit einsetzen möge. 2016 folgte ein weiterer Antrag



Wiedereröffnung der Villa Lützow

für dauerhafte Jugendfreizeitangebote für queere Jugendliche.

Das Coming-out erfordert weiterhin jede Menge Mut und Vorbilder. Hinzu kommt, dass noch immer Diskriminierung, homophobe Stimmung und Gewalt zu grundlegenden Erfahrungen der Sozialisation von queeren Menschen gehören. Es braucht Orte, die als

Schutzraum und Freiraum für junge LGBT*!*s wirken und wo queere Jugendliche andere Jugendliche in ähnlichen Lebenssituationen treffen oder auch gemeinsam themenspezifische Projekte initiiert werden können.

Vor diesem Hintergrund entstand das Queere Jugendzentrum in Mitte als eine offene Jugendfreizeiteinrichtung. Sie richtet sich an Menschen zwischen 14 und 21 Jahren und bietet Raum für Jugendliche, die sich als queer oder LGBT*!* identifizieren, aber auch für diejenigen, die sich noch nicht sicher sind oder einfach die Vielfalt feiern. Die Einrichtung ist noch im Entstehungsprozess und bietet Jugendlichen somit die Chance, von Beginn an mitzugestalten und mitzubestimmen. Neben kreativen und sportlichen Angeboten werden auch gemeinsam Ausflüge und Veranstaltungen gestaltet.

Unter der Überschrift „Bildung, Begegnung und Beratung“ agieren in der Villa Lützow seit Mitte der 1990-er Jahre Einrichtungen und Projekte für Menschen ganz unterschiedlicher Lebensphasen und Lebenslagen. Das Queere Jugendzentrum wird diesen Ort deutlich bereichern und ergänzen.

Ramona Reiser, Stadträtin für Jugend, Familie und Bürgerdienste

Aus der BVV

Wie der Bezirkshaushalt entsteht

Eine der wichtigsten Aufgaben der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) von Berlin-Mitte ist die Aufstellung des Bezirkshaushaltes.

Die Verordneten beschließen in dem Haushalt die geplanten Einnahmen und Ausgaben des Bezirks für die nächsten zwei Jahre und legen somit den Spielraum fest, den die einzelnen Ämter des Bezirkes haben, um ihre Aufgaben zu erfüllen.

Die Beratungen zum Haushalt 2020/21 begannen in der BVV Mitte Mai. Dabei wurde der vom Bezirksamt beschlossene Eckwertebeschluss diskutiert. Änderungsanträge der Fraktionen zum Eckwertebeschluss wurden von der BVV beschlossen. Damit wurden die grundlegenden finanziellen Spielräume der einzelnen Ressorts im Bezirksamt festgelegt.

Die Linksfraktion Berlin-Mitte hatte zu diesem Eckwertebeschluss einen Änderungsantrag eingebracht, um den Bereich Jugend zu stärken. Es wurden weitere Personalstellen für

die Regionalen Sozialpädagogischen Dienste gefordert sowie eine bessere personelle Ausstattung in den Jugendfreizeiteinrichtungen. Darüber hinaus beantragte die Linksfraktion eine zusätzliche Stelle für die Abstimmung von Eltern und Kitas bei der Kita-Platzsuche. Die BVV lehnte diesen Änderungsantrag mit Stimmen von SPD, Grünen und AfD ab. Die Linksfraktion findet, dass für Kinder und Jugendliche im Bezirk mehr getan werden muss als es bisher die Mittel und Personalstellen im Bereich Jugend zulassen. Darum enthielt sich die Fraktion bei der Abstimmung zum finalen Antrag.

Auf Basis dieses Eckwertebeschlusses hat das Bezirksamt dann zum 6. August einen Haushaltsplanentwurf vorgelegt. Dieser wurde anschließend bis zum Ende des Monats in den einzelnen Ausschüssen diskutiert.

Nachdem alle Fachausschüsse über die sie betreffenden Kapitel des Haushaltes diskutieren konnten, traf sich der Hauptausschuss

zu mehreren Sondersitzungen. Er ist für die Bezirksfinanzen zuständig. Dort wurden der Gesamthaushalt und die Änderungsanträge aus den anderen Ausschüssen noch einmal besprochen und der Bezirkshaushaltentwurf in eine endgültige Fassung gebracht.

Diese Fassung wird Anfang September in die BVV eingebracht, wo alle Fraktionen und Gruppen noch einmal die Möglichkeit haben, Änderungsanträge zu stellen. Über die Änderungsanträge und den Gesamthaushalt wird dann abgestimmt und somit die Arbeitsgrundlage für das Bezirksamt für die kommenden zwei Jahre geschaffen.

Die Linksfraktion diskutierte mögliche Änderungsvorschläge auf ihren Fraktionssitzungen Ende August, um für Mitte die beste Verteilung der finanziellen Mittel zu ermöglichen.

**Andreas Böttger
Fraktionsgeschäftsführer DIE LINKE.
in der BVV von Berlin-Mitte**

Happy Birthday, Fischerinsel!

Ja, es gibt noch einige, die sich ganz genau an den Sommer 1969 erinnern können. Zogen sie doch in den damals gerade fertiggestellten ersten Block der Häuser auf der Fischerinsel ein.

Zu diesem Zeitpunkt glich das noch alles einer großen Baustelle. In den nächsten

Namen Kaufhalle), Kindergärten, Spielplätze, Friseur, Blumenladen, Gaststätten, Schwimmhalle kamen hinzu. Bäume wurden gepflanzt, Grünflächen angelegt, es entstand der kleine Park zwischen dem ersten Haus und der Spree. Die Schule in der Wallstraße war zum Einzugsbeginn schon fertig. Ein richtig tolles

nen und Architekt*innen, die Bauarbeiter*innen und Landschaftsgärtner*innen etwas von ihrer Arbeit verstanden. Alles war durchdacht, funktionsfähig und bezahlbar.

Anfang der 90-er Jahre sollte das Ensemble durch das sogenannte „Planwerk Innenstadt“ geschliffen werden. Viele, wie der damalige Bezirksstadtrat der LINKEN Thomas Flierl und Politiker*innen verschiedener Ebenen, kämpften mit den Bewohner*innen dagegen an. Die Bebauung der Grünflächen mit Townhouses und die Öffnung der Fußgängerbrücken für den Straßenverkehr konnten verhindert werden. Der Abriss der Gaststätte „Ahornblatt“ war nicht zu verhindern. Hier setzte sich der „finanzielle Verwertungsdruck“ gegenüber dem Denkmalschutz durch. Jammerschade! Noch dazu wenn man die „architektonische Meisterleistung“ mit dem beträchtlichen Leerstand sieht, die sich jetzt am Standort des „Ahornblattes“ befindet.

Ein sehr schöner Platz zum Leben in der Innenstadt ist die Fischerinsel immer noch. Vieles verändert sich, vieles bleibt konstant. Die Blockrandbebauung gegenüber dem Haus der Wirtschaft ist im Entstehen. Für die dringend benötigte Erneuerung der Grün- und Freiflächen stehen Gelder zur Verfügung. So wie vor 50 Jahren gibt es jetzt wieder jede Menge Kinder in den Häusern. Und die alten und neuen Bewohner*innen engagieren sich für ihren Kiez, wollen bei Veränderungen einbezogen und beteiligt werden. So wie die Mitglieder der Interessengemeinschaft Fischerkiez. Und einige von diesen entluden vor genau 50 Jahren einen Möbelwagen, um in ihre neue Wohnung im ersten Haus auf der neuentstehenden Fischerinsel zu ziehen.

Herzlichen Glückwunsch allen alten und neuen Bewohner*innen der Fischerinsel!

Thilo Urchs



Ein schöner Ort zum Leben in Berlins Mitte

Monaten wurden die anderen Wohnhäuser gebaut. Supermarkt (damals noch unter dem

Wohngebiet im Herzen der Stadt entstand und ersetzte die im Krieg schwer beschädigten Häuser des alten Fischerkiezes. In den neugebauten Häusern gab es Hausclubs für die Bewohner*innen, gemeinschaftlich genutzte Wäschetrocken- und Bastelräume und - nicht zu vergessen - die Dachgärten. Der Blick von dort aus faszinierte und im Sommer waren sie wunderbare Orte zum Chillen. Pompös war das alles nicht. Aber alle die dort wohnten merkten, dass die Stadtplaner*in-



Das beliebt und architektonische Highlight „Ahornblatt“ musste weichen

Fortsetzung von Seite 1: Wider die grenzenlose Gier

sche Milliardärsfamilie. Wenn diese Leute bauen, hilft das niemandem weiter. Schon gar nicht der Stadt und ihren Menschen.

Umso mehr verwundert es, dass sich die Berliner Opposition gegen alle Maßnahmen stemmt, die wir gegen steigende Mieten und Wohnraummangel ergreifen. So auch gegen den Mietendeckel, der im Zusammenwirken mit Milieuschutz und Enteignungen dazu beitragen soll, dass die Bodenrichtwerte, zum Beispiel in Berlin-Mitte, nicht weiter

in den Himmel jagen. Besser wäre, die Opposition distanzierte sich erst einmal klar vom Geschäftsgebaren solcher Unternehmen wie Deutsche Wohnen oder solcher Leute wie der Pears-Familie und erkennt die Sozialpflichtigkeit des Eigentums an.

Wir sind es leid, dass Gewinne privatisiert und Verluste vergesellschaftet werden. Wir sind die Kultur der Verantwortungslosigkeit leid. Wir wollen für das, was wir jetzt tun und anschieben, auch in zehn

Jahren geradestehen können. Weltweit sind große Kapitalmengen unterwegs auf der Suche nach Anlagemöglichkeiten. Wenn die Politik nicht „Halt!“ sagt und die gesetzlichen Grundlagen dafür schafft, dass dieses Stopp-Schild unüberwindbar wird, werden die Anleger ganz bestimmt nicht freiwillig auf künftige Rendite verzichten. Gier ist nicht heilbar. Man kann ihr nur Einhalt gebieten.

Carola Bluhm

Menschen in Mitte

Pablo Hermanns Leben für kritische politische Kunst

Eines der Vorbilder von Pablo Hermann ist Mark Lombardi, der USA-Künstler, der die globalen politisch-ökonomischen Machtstrukturen vor allem mit seinen Soziogrammen ästhetisch aufbereitet darstellte und deshalb vom FBI überwacht wurde. Thema von Pablo Hermanns Masterarbeit an der Universität der Künste war die Entwicklung der kritischen politischen Kunst.

Der Grafiker, Maler und Kunsttheoretiker bringt in seinem Projektraum „Organ kritischer Kunst“ in der Prinzenallee 29 Künstler, Wissenschaftler und Politiker zu Ausstellungen und Gesprächsrunden zusammen - seit 2007 jährlich bis zu 12 Expositionen von Bildern, Installationen oder Videos mit mittlerweile etwa 500 Akteuren. „Zu ‚Funkenschlag‘ über den Flächenbrand im ‚arabischen Frühling‘ kamen Künstler und Experten aus Syrien, Ägypten, Jemen, Libyen und Tunesien, über Geheimdienste in Ost und West sprach zu einer Vernissage Gotthold Schramm, zu Wohnungspolitik und Gentrifizierung Andrej Holm“, nennt er Beispiele. „Wahrheiten und geheim gehaltene Informationen gehen Halb- und Unwahrheiten ist unser Anliegen.“ Die Bilder und die Gesprächsthemen widmen sich vor allem Kriegen und Reaktion, Putschern und Revolutionen. „Als hohe Anerkennung betrachte ich die Verleihung des Berliner Projektraumpreises für auszeichnungswürdige Programmarbeit 2013 und 2017.“

Pablo Hermann wurde 1972 in der ekuatorianischen Großstadt Guayaquil geboren. Mit sechs Monaten kam er mit seiner Mutter, einer Ekuadorianerin, und seinem Vater, einem deutschen Entwicklungshelfer, ins saarländische Lebach, wo er aufwuchs und das Gymnasium besuchte. „Mit 14, 15 malte ich meine ersten expressionistischen und abstrakten Bilder“, erinnert er sich. „Otto Dix, George Grosz und Kandinsky waren meine Ideale.“ Von 1995 bis 2000 studierte er an der Finis-Terrae-Universität in Santiago de Chile Kunst, Malerei und Grafik. Seit 2004 lebt und arbeitet er in Moabit und Gesundbrunnen.

Am meisten beschäftigte Pablo Hermann in den letzten Monaten eine lange Reihe von Porträts herausragender Persönlichkeiten von Karl Marx, Ludwig Renn, Che Guevara, Fidel Castro über die mexikanische Malerin Frida Kahlo bis hin zur US-Demokratin

Alexandria Ocasio-Cortez, der Sea-Watch 3-Kapitänin Carola Rackete und der Klima-Aktivistin Greta Thunberg - seit Ende



Pablo Herrmann (Foto: Matthias Herold)

August ausgestellt in der Galerie „Toolbox“, Koloniestraße 120. „Im Herbst zeige ich im serbischen Novi Sad in einer Exposition eine von mir gestaltete Weltkriegskarte“, kündigt er an. Kooperationen mit Künstlervereinen in Kopenhagen und Helsinki stehen an.

„Wir Künstler im Kapitalismus müssen um unsere Existenz ringen, unser Beruf ist nicht planbar, Verdienste sind abhängig von Projekten, das Privatleben wird immer in Mitleidenschaft des prekären künstlerischen Schaffens gezogen“, beklagt der Künstler. Aber er nennt sich Stehaufmännchen, will von eigener Kunst leben, muss nachts als Barkeeper in einem Klub sein Geld verdienen. Doch solange er noch enthusiastisch in der Döbritzer Heide auf Pilzsuche geht und die Kampflieder Spaniens singt, bleibt Pablo Hermann Optimist und aktiv für die Wahrheit und sein linkes Credo.

Matthias Herold

Kurznachrichten

► Unbezahlte Überstunden in Millionenhöhe

Von 53 Millionen Überstunden im Jahr 2018 wurden über die Hälfte nicht bezahlt, genau 31,4 Millionen Stunden gratis. Damit „schenkten“ Berlins arbeitende Frauen und Männer den Unternehmern 786 Millionen Euro.

► Millionen für Berater

Sind unsere Staatsbeamten dümmere geworden? Oder nur bequemer? Die Bundestagsverwaltung nannte die Gesamtausgaben aller Ministerien für Beratungsunternehmen für das erste Halbjahr 2019 drei mal so hoch wie die Ausgaben für das gesamte Jahr 2014. Mit exakten Zahlenangaben ist man eher sparsam. Lediglich das Verteidigungsministerium wurde konkret. Die Militärs hatten in diesem Jahr von Januar bis Juni 155 Millionen Euro vergeben, fast soviel wie alle anderen Ministerien zusammen.

► Textilindustrie weltweit vor einem Umbruch

Der sei in einigen Jahren zu erwarten, erklärte der Leiter des Gerbach Challenge Center beim Kieler Institut für Weltwirtschaft. Die Welle der Automatisierung werde die asiatischen Länder in Schwierigkeiten bringen mit der Freisetzung einer großen Zahl von Arbeitskräften. Die Staaten, deren Wirtschaft sich weitgehend auf Textilexporte stützt, sollten sich wappnen. In Bangladesch erbringen sie 90 Prozent der Exporteinnahmen, in Kambodscha mehr als 70 Prozent und in Pakistan 60 Prozent.

► Verachtet mir die Gurke nicht ...

Das wird nicht nur die Spreewälder Produzenten erfreuen. Die Gurke ist zum „Gemüse des Jahres“ erklärt worden. Der Verein zur Erhaltung der Nutzpflanzenvielfalt hat sie dazu bestimmt.

► Strengere Waffengesetze auch für die BRD!

5,83 Millionen Waffen gehören in der BRD privaten Waffenbesitzern, also Menschen, die – aus was für Gründen auch immer – einen ordentlichen Waffenschein beantragt und bekommen haben. Damit ließe sich eine beachtliche Armee bewaffnen. Aber es kursieren ja noch ca. 20 Millionen illegale Waffen im Lande – so aktuelle Medienberichte. Legal oder illegal werden private Waffen gelegentlich genutzt, private Probleme zu „lösen“. Einzige gesellschaftliche Reaktion? Aufruhr und Empörung in allen Medien. Tags drauf geht das Leben (und das private Totmachen) weiter wie gehabt, nicht nur in den USA.

Bei anderen gelesen

► Erfolgsmodell Ostfrau

Bürgerinnen aus den neuen Ländern galten nach der Wende als emanzipierter. Vor der Wende arbeiteten laut amtlichen Statistiken mehr als 90 Prozent der ostdeutschen Frauen außerhalb des eigenen Haushalts. In der alten Bundesrepublik taten dies nur rund 50 Prozent. 30 Jahre nach dem Mauerfall zeigt sich, beim Feminismus hat der Westen vom Osten gelernt. Bis heute gelten Frauen aus dem Osten als finanziell unabhängig, selbstbewusst, eigenständig, eine Erfolgsgeschichte.

„Der Spiegel“ Nr. 32, 03.08.2019

► Sozialistisch arbeiten, lernen und leben

Für viele DDR-Bürger war der Betrieb mehr als eine beliebige Arbeitsstelle, die Arbeitsbrigade war zugleich eine Solidar- und Freizeitgemeinschaft. Noch vor Gründung der DDR entstand die Brigadewegung. Eine Brigade zählte mindestens fünf und nicht mehr als 25 Arbeiter und Arbeiterinnen. 1988 gab es 130 000 Brigaden in der Industrie mit 2,7 Millionen Mitgliedern, 54 000 im Handel, 53 000 im Verkehr, 56 000 im Bauwesen und 80 000 in anderen gesellschaftlichen Bereichen. Als Krönung der Kollektivität gedacht, waren die Brigaden der sozialistischen Arbeit.

„Neues Deutschland“ 02.08.2019

► Auf der Suche nach Frauen

Ursula von der Leyen hat hohe Erwartungen geweckt. Die von ihr geführte EU-Kommission soll zur Hälfte aus Frauen bestehen. Doch die Regierungen lassen sie auflaufen. Noch sieht es nach einer männerdominierten Kommission aus. Sie sollte den Konflikt suchen und auf Nachnominierungen bestehen. Das ist nicht nur eine Frage der Geschlechtergerechtigkeit, sondern der eigenen Glaubwürdigkeit und Durchsetzungsfähigkeit.

„Zeit Online“, 14.08.2019

Liebe Leserinnen und Leser,

wenn Sie unsere Monatszeitung „mittendrin“ per Email erhalten wollen, schreiben Sie bitte eine kurze Information an info@die-linke-berlin-mitte.de

Mit besten Grüßen

Die Redaktion der „mittendrin“

Die Linke – Fraktion in der BVV Mitte von Berlin

Die **Sprechzeiten** im Fraktionsbüro finden **an jedem Mittwoch von 15 bis 17 Uhr und nach Absprache**

im Rathaus Mitte, Karl-Marx-Allee 31,
10178 Berlin, Raum 114 statt.

Telefon: 901 82 45 65

kontakt@linksfraktion-berlin-mitte.de

Kombibad Seestraße wurde Schulschwimmzentrum

Nichtschwimmerquote der Schulen im Umfeld überdurchschnittlich hoch

Im Wedding hat ein Modellprojekt begonnen: Trainer des Berliner Schwimm-Verbands unterstützen jetzt die Lehrer beim Schwimmunterricht für Drittklässler.

Am besten schneidet Marzahn-Hellersdorf ab, am schlechtesten Mitte. Am laufenden Projekt im Wedding sind 13 Schulen mit insgesamt rund 1.100 Schülerinnen und Schülern beteiligt. Von den Lehrern ist das Projekt



Modellprojekt zum Schwimmenlernen im Wedding

(Foto: Orlando El Mondry)

Mehr als die Hälfte der Berliner Kinder kann am Anfang der dritten Klasse noch nicht schwimmen. Das ist nicht weiter verwunderlich, denn Schwimmunterricht steht im Berliner Stundenplan erst ab der dritten Klasse auf dem Stundenplan. Aber überraschend ist schon, dass nach diesem obligatorischen Schwimmunterricht immer noch knapp 18 Prozent der Kinder Nichtschwimmer sind.

Da Schwimmen lebensnotwendig sein kann, wurden von der Senatsbildungsverwaltung jetzt zwei zusätzliche Trainer zur Unterstützung der Sportlehrer in einem Modellprojekt finanziert. Bei dem neuen Konzept können die Wasserflächen in den Bädern effektiver genutzt werden. Die Schulklassen werden nun in mehrere Gruppen eingeteilt; Lehrer und Trainer können dadurch besser auf den unterschiedlichen Leistungsstand der Kinder eingehen.

Das Weddinger Kombibad wurde für die Modellmaßnahme ausgewählt, weil die Nichtschwimmerquote in den Schulen des Umfelds überdurchschnittlich hoch ist. Aus der aktuellen Statistik der Senatsbildungsverwaltung geht auch hervor, dass es im Bezirksvergleich große Unterschiede gibt.

bisher einhellig positiv beurteilt worden. Als Beispiel vielleicht die Vineta-Grundschule. Ein Lehrer war Freitagmorgen mit seiner Klasse im Schwimmbad. Er begrüßte ausdrücklich das neue Konzept: „Für uns ist das eine sehr große Hilfe.“ Die Schule startete mit über 90 Prozent Nichtschwimmern in den Unterricht. Jetzt könnten sie die Gruppen je nach Entwicklung viel besser differenzieren. „Ich kann hier mit einer Gruppe für das Gold-Abzeichen üben, während sich der Kollege noch um die Bronze-Prüfung kümmert. Das wäre sonst nicht möglich.“ Auch sei durch die kleineren Gruppen der jeweilige Lernfortschritt deutlich größer.

Rainer Scholz



BÜRGERBÜRO BLUHM – SEIDEL – WOLF
Erich-Weinert-Straße 6, 10439 Berlin
Telefon (030) 22 49 45 77
kontakt@carola-blum.de / www.carola-blum.de
Sozial- und Mietenberatung
Do 17-18 Uhr: 19.9. / 10.10. / 24.10. / 7.11.

Es wird anders

Berlin bekommt Hochhaus-Leitlinien. Mitte wird höher, enger, wärmer, trockener, voller ist es schon, die Restaurants sind da, die James Simon Galerie bietet auf der Terrasse Kaffee mit Stadtblick, am Weinbergsweg gibts Ben & Jerry's... Rom wurde auch nicht an einem Tag erbaut. Heute erstickt's im Müll. Berlin ist cool, plant fehlende Wohnungen fürs Klima der Zukunft, niedere Hochhäuser, aber nicht auf Granit wie Manhattan. Unser Himmel bleibt unberührt.

Aber die Erd- und Dachgeschosse der höheren Bauten werden allgemein zugänglich, wie dort bei den Skyscrapern, die per Gesetz für saubere, sichere, grüne, blumige, schlichte, elegante, bis in den Abend zugängliche Plätze, Durchgänge, Miniparks, innen oder außen, unten oder oben, sorgen müssen. Überall Stühle, Coffee-to-go, Tische, WiFi, Imbissecken, Kunst, Nischen, Shops, Skulpturen, Wasserfälle, Life-Musik - das dürfte auch Berlins eiligen Stadtmenschen gefallen. Ich werde gern dort verweilen, entspannen, Zeitung lesen, essen, freundlich, nervös, gleichgültig, neugierig, grimmig, laut oder leise flüstern, reden, gemeinsam oder allein kommen. Wo sind solche interessierten Menschenmassen mitten in Berlin, die Männer, Frauen, Alte wie Kinder, Flaneure, Büroangestellte, Anwohner, Studen-

ten, Touristen jeder Herkunft? Die neue Zeit fordert heraus. Nicht nur bislang verschmähte Hoch-Bauten, sondern auch altmodisches Trottoir, am Alex neue Sichtachsen, für die Alexanderstraße neue Architektur mit Kunst, Kultur, Gastronomie, Konsum, Wohnen und Arbeiten. Respekt ist angesagt. In den umgebungsarmen Punkt-Hochhäusern und Schlafstädten des späten 20. Jahrhunderts wird darauf nicht vorbereitet.

Stadt ist Lernen. Gerade war ich in Moabit. Andere Schaufenster, der Kleine Tiergarten gepflegt, vor türkischen Frühstücksstuben lässt sich plaudern, die Arminius-Halle ist halbleer, anheimelnd die Straßenblumen, Bäume, Schatten, Altbauten, lauschigen Ecken. Abzweigend von der Turmstraße standen Stühle auf dem Bürgersteig, tranken Anwohnende öffentlich Tee, lasen, rauchten, schwatzten. Eine städtische Idylle! Altmitte tickt anders, aber auch so, die Tram fährt noch nicht zur Turmstraße, erstaunlich ist, dass 15 000 Berliner Mietfahräder, 2 500 E-Roller, Scooter und Mietautos hier kaum in Erscheinung treten. Die stehen, liegen, fahren einige Kilo-



Kein Durchkommen am Ende der Tucholskystraße

meter weiter herum, an der Torstraße und so. Auch E-Roller im Doppel, zu dritt, einbeinig, rittlings sitzend begünstigen Berlins planlose Verkehrswende.

Irene Runge

Post aus Brüssel

Der europäische Kampf gegen Airbnb

transform! europe veranstaltete bei der Sommeruni der Europäischen Linkspartei ein Seminar zu Airbnb (Plattform zur weltweiten Buchung und Vermietung privater Unterkünfte) in der EU. transform! europe ist die politische Stiftung der Europäischen Linkspartei und ist ein Netzwerk linker politischer Stiftungen in Europa, also auch jenseits der EU. Um den europäischen Kampf gegen Airbnb zu stärken, veranstalteten wir ein Seminar, auf dem Tatiana Moutinho (transform, Portugal) Katalin Gennburg (Die Linke, Berlin), Kenneth Haar (Corporate Europe Observatory) und Stefania Animento (HU Berlin) sprachen.

In den Beiträgen wurde schnell deutlich, dass die weltweite Krise nach 2007 auch für die europäischen Wohnungsmärkte eine Wende war. So kamen mehrere Aspekte

zusammen: steigende Armut, die Suche des Finanzkapitals nach Anlagemöglichkeiten und nationale und EU-Eliten, die den Reichtum nach oben umverteilen wollten. Am Beispiel Portugals diskutierten wir, wie ein gut funktionierendes Wohnungssystem zerstört wurde, Airbnb freie Hand erhielt und immer mehr Bürger*innen ihre Wohnung vermieten müssen, um überhaupt über die Runden zu kommen.

Katalin Gennburg zeigte, dass Die Linke in Europa verstehen muss, dass es eine weitere dahinterliegende Ausbeutung gibt: die des Daten-Kapitalismus. Unsere Daten werden enteignet und zur Profitsteigerung ganz unterschiedlicher Akteure benutzt. In diesem Zuge besteht die Gefahr, dass unsere Städte in neoliberale „Smart Cities“ umgebaut werden. Airbnb hat starke Verbündete: die EU-Kommission und den

Europäischen Gerichtshof. Diese arbeiten gerade daran, dem „Plattform-Kapitalismus“ in der EU den Weg freizuräumen.

Was also gegen Airbnb tun, wenn sogar das EU-Recht scheinbar auf dessen Seite ist? In der Diskussion konnten wir Beispiele konkreten Widerstandes sammeln. Der vereinte(!) Widerstand von Städten wie Berlin, Barcelona, Krakau, Valencia, Amsterdam und Paris wird sehr wohl in der Kommission und beim EuGH gehört. Erfahrungen mit der EU zeigen, dass sich Widerstand lohnt, sich aber über alle Ebenen, vom Lokalen zur EU-Ebene, erstrecken muss. Kämpfen wir gegen internationale Multis wie Airbnb, so muss eben auch unser Widerstand ein internationalistischer sein.

Roland Kulke,
Basisorganisation Brüssel

Gegen die Politik der „schwäbischen Hausfrau“

DIE LINKE lehnt unsinnige Schuldenbremse ab

Wie soll die öffentliche Hand mit Schulden umgehen? Die neoliberale Antwort lautet: „Mit dem auskommen, was man hat. Eine Hausfrau weiß das. Und deshalb kann die Politik viel von ihr lernen“, so schrieb vor neun Jahren die industrielle Lobbyorganisation mit dem irreführenden Namen „Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft“ (INSM). Die Ideologie der Austerität – nicht mehr ausgeben als man einnimmt – vergiftet seit Jahren die deutsche Finanzpolitik.

2009 stimmte eine Zweidrittelmehrheit in Bundestag und Bundesrat (mit Ausnahme u. a. des rot-rot regierten Berlin) für die Aufnahme der sogenannten „Schuldenbremse“ ins Grundgesetz. Nach einer Übergangsphase wird diese Schuldenbremse ab 2020 voll greifen. Für die Länder ist dann jegliche Neukreditaufnahme verboten. Zu einem funktionierenden Haushalt führt die Ausrichtung des Staatswesens am Sparstrumpf der „schwäbischen Hausfrau“ jedoch nicht. Denn die Kreditaufnahme ist ein wesentliches Mittel zur Finanzierung öffentlicher Investitionen, die gerade in der aktuellen, langanhaltenden Phase niedriger Zinsen genutzt werden sollte. Seit ihrer Einführung hat die Schuldenbremse daher auch in erster Linie als Investitionsbremse gewirkt. Das Kommunalpanel der Kreditanstalt für Wiederaufbau ergab 2018 in den Kommunen einen Investitionsrückstand von bundesweit 158,8

Milliarden Euro, von denen fast 2/3 auf die Bereiche Schulen, Straßen und Verkehr sowie Verwaltungsgebäude entfallen. Die Schuldenbremse wirkt damit auch als Motor für die Privatisierung öffentlichen Eigentums – nicht zuletzt deshalb wird sie von Denkfabriken wie der „INSM“ gefeiert.

Die Länder haben lediglich die Möglichkeit, bei der Umsetzung in Landesrecht gewisse Erleichterungen festzulegen, z. B. für Notfallregelungen. Vor dieser Aufgabe steht Berlin aktuell. Finanzsenator Matthias Kollatz (SPD) legte hierzu kürzlich ein Konzept vor, das die Schuldenbremse nicht nur in ein Landesgesetz umsetzen, sondern sogar dauerhaft in der Landesverfassung festschreiben soll. Zudem plant Kollatz, neben dem Kernhaushalt auch die sogenannten Extrahaushalte einzubeziehen, die über 80 landeseigene Betriebe wie Hochschulen, Bäderbetriebe oder die Berlin Energie umfassen.

Der LINKE-Landesvorstand stellt sich dem in einem einstimmigen Beschluss klar entgegen: „Die in Berlin vorzunehmende Ausgestaltung der Schuldenbremse muss darauf zielen, den durch die Schuldenbremse angerichteten gesellschaftlichen Schaden zu minimieren ... Grundsätzlich sollen die vom Bund gesetzten Spielräume nicht verkleinert, sondern genutzt werden. Landesunternehmen sollen grundsätzlich nicht der Schuldenbremse unterworfen werden, um ihre Investitionsfähigkeit nicht zu schwächen. Ebenso wollen wir den Erwerb von Grundstücken durch die Öffentliche Hand nach Möglichkeit vom Verbot der Kreditfinanzierung ausnehmen.“ DIE LINKE hat die Schuldenbremse von Anfang an abgelehnt. Doch solange im Bundestag eine neoliberale Mehrheit gegen die Abschaffung dieser unsinnigen Regelung herrscht, muss der Kampf weiter geführt werden.

Markus Wollina



Karikatur: Klausn Stüttmann

Kostenlose Sozial- und Mieterberatung

der Linksfraktion in der BVV und des Bezirksvorstandes der Partei DIE LINKE – mit **Rechtsanwalt André Roesener**

- an jedem **ersten Mittwoch des Monats** von 17.00 bis 19.00 Uhr im Nachbarschaftszentrum „Bürger für Bürger“ der Volkssolidarität, Brunnenstr. 145, 10115 Berlin – und
- an jedem **dritten Mittwoch des Monats** im Kreativhaus, Fischerinsel 3, 10179 Berlin.

an jedem **ersten, dritten und fünften Mittwoch des Monats**

kostenlose Beratung zu Sozialrecht (Hartz IV) sowie Familien-, Miet- und Arbeitsrecht durch die **Rechtsanwältinnen Nina Jenny Soest und Christian Wisch** von 17.00 bis 19.00 (keine Anmeldung erforderlich)

LinksTreff, Malplaquetstr. 12, 13347 Berlin, Tel.: 28705751

Wir gratulieren im September zum Geburtstag!

- Zum 94. Ingeborg Recke
- Zum 93. Christa Dewey
- Zum 91. Gisela Schulz
- Zum 89. Eva-Maria Grampp, Gerda Lesser
- Zum 88. Ursula Hölzel, Elsbeth Lemmer, Wolfgang Kolbe
- Zum 87. Günther Freyer
- Zum 86. Maria Volland, Eva Urchs
- Zum 85. Erika Niemann, Anni Seidl
- Zum 83. Hans Schulz, Irold Tacke
- Zum 82. Renate Jäpel, Maria Wagner, Pedro Brombacher, Rudi Böhm
- Zum 80. Renate Leuschner, Hagen Reuter
- Zum 75. Klaus Endler
- Zum 70. Susanne Rostock, Gerd Mäder

Wir gratulieren nachträglich zum 88. Geburtstag im Juli – Werner Klage.

Wahlkreisbüro Tobias Schulze,

Mitglied des Abgeordnetenhauses

Tegeler Str. 39
13353 Berlin – Wedding
Tel.: 030 – 547 13 449
(Bus 142 Kiautschoustraße, S- und U-Bahnhof Wedding, U-Bahnhof Amrumer Straße)
buero.schulze@linksfraktion.berlin

Öffnungszeiten:

Dienstag, Donnerstag 10 – 15 Uhr
Mittwoch 13 – 18 Uhr
Und nach Vereinbarung!

www.sprengbuero.de
www.tobiasschulze.berlin
Twitter: @sprengbuero

Das ist das Letzte

Trotz Dürre wachsen auf deutschem Boden neue Weltwunder: In der Nacht vom 12. zum 13. August gelang auf dem umweltfreundlichsten Flughafen der Welt in Schönefeld ein sagenhafter Sieg: Die Sprinkleranlage begann zu sprinkeln! Ein Kernstück der WPP ist absolviert. Wer oder was ist die WPP? Die „Wirk-Prinzip-Prüfung“. Endlich können die Fluggäste, die Piloten, Funker, Stewardessen und die Bodenmannschaften die notwendige Sicherheit als Basis der Fröhlichkeit über und unter den Wolken genießen.

Die Sprinkler werden nicht die falschen Räume und Leute unter Wasser setzen. Sie riechen: Wo ist „dicke Luft“? Sind das drei Raucher auf der Toilette oder eine Grillparty im Abflugbereich? Was tun, wenn gleichzeitig der Strom ausfällt? Springen die Notstromaggregate an? Sofort oder zum Schichtschluss?

Das hat zwar alles im Ostteil des Airports funktioniert, aber nur nach den Normen des Ostblocks und der ist verabschiedet worden. Jetzt gilt das Profitsystem. Alles muss sich rechnen, auch wenn es sich rächt. Sicherheit verlangt Pingeligkeit! Ich frage mich nur: Was wäre dem Osten alles erspart geblieben, wenn jeder Treuhand-Manager durch solche „Wirk-Prinzip-Prüfung“ gegangen wäre?

Diese Frage stellt sich in vielen Bereichen. In Berlin fehlen z.B. Lehrer. Bundesweit fehlen sogar 65.000! Trotz Quereinsteiger fällt öfter Mathe aus. Dabei könnte jeder Schüler der 6. Klasse mit einem Taschenrechner 12 Zahlen addieren: Zahl der Geburten plus Zahl der Einwanderungskleinkinder in den letzten 6 Jahren = Summe der Anfänger, Lehrer und Klassenräume! Aber wenn Mathe ausfällt, bleibt das ein Rätsel. Vergleiche den Wohnungsbau oder die Steckdosen für E-Fahrzeuge.

Die „Selbstheilungskräfte des Marktes“ heilen nicht mehr. Wir müssen Rechnen mit Weitblick lernen. Die Ferien sind vorbei!

Artur Paul

Impressum:

Bezirksvorstand Berlin-Mitte
der Partei DIE LINKE
Geschäftsstelle:
Kleine Alexanderstr. 28, 10178 Berlin
Telefon 24 009 336/204, Fax: 24 009 337
E-Mail-Adresse:
info@die-linke-berlin-mitte.de
Internet: www.dielinke-berlin-mitte.de
V.i.S.d.P.: Thilo Urchs
Satz + Druck:
R. Serinek / Druckerei Gottschalk, Berlin
Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die
Meinung der Redaktion wieder. Redaktionsschluss: 26.08.2019
Ausgabetag für Nr. 10/2019 - 10.10.2019



Sommerfest im Kreativhaus auf der Fischerinsel

Herzlichen Dank an alle kleinen und großen Besucher*innen!

Herzlichen Dank und alle, die das Fest organisiert haben!

Herzlichen Dank an das Team vom Kreativhaus!

Es war toll und hat allen Spaß gemacht!

Fotos: Orlando El Mondry

